

Pressemitteilung

Integration braucht Anerkennung statt Auslese

Auf Einladung der Schader-Stiftung diskutierten Kommunalvertreter aus acht Großstädten mit Bildungs- und Integrationsexperten neue Ansätze und Konzepte zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Zuwandererfamilien im Rahmen eines Workshops am 5. April 2006 in Frankfurt am Main.

Mit dem Hilferuf des Lehrerkollegiums der Berliner Rütli-Schule werden gleich zwei Themen ins Zentrum der politischen Debatte gerückt: die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft und die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder in stark segregierten Stadtgebieten.

Das von der Schader-Stiftung initiierte Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ organisiert im Praxis-Netzwerk der Städte Berlin, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg den Austausch über sozialräumliche Integrationsmaßnahmen mit dem Ziel, dass jede beteiligte Stadt von den Erfahrungen der jeweils anderen Städte profitieren kann. In diesem Zusammenhang fand der **Workshop „Bildung als zentrales Handlungsfeld sozialräumlicher Integration von Migranten und Migrantinnen“** am 5. April 2006 in Frankfurt am Main statt.

Kinder aus Zuwandererfamilien seien doppelt benachteiligt: aufgrund ihrer sozialen Herkunft und aufgrund der Schulorganisation, so Gundel Schümer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. 19,5 Prozent der ausländischen Jugendlichen haben keinen Schulabschluss. Nicht nur aus sozialen sondern auch aus ökonomischen Gründen kann es sich die Gesellschaft angesichts der demografischen Entwicklung nicht leisten, dass die Bildungswege von Migrantenkindern noch immer deutlich schlechter verlaufen als die deutscher Kinder und sie keine berufliche Perspektive haben. **„Hoffungslose Fälle können wir uns nicht leisten, wir brauchen jeden“**, meint Rüdiger Winter vom ‚Billenetz‘ in Hamburg. Schule versage, wenn sie keine Bildungsabschlüsse ermöglicht.

Zentrale Elemente zur Verbesserung der Bildungschancen sind: Sprachförderung ab dem 4. Lebensjahr, eine bessere Erzieherausbildung möglichst auf Fachhochschulniveau sowie in Sprachförderung gezielt qualifizierte Grundschullehrer, eine stärkere Einbeziehung der Eltern und Elternbildung, die Öffnung der Schulen zum Stadtteil und ihre Vernetzung in den sozialen Brennpunkten. Grundlegend sei auch eine stärkere Bereitschaft der Unternehmen, Kindern mit einem niedrigen Schulabschluss eine Ausbildung zu ermöglichen, denn Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsbereitschaft bedingten sich gegenseitig. Notwendig seien integrierte Strategien für Schule, Jugendhilfe und Stadtentwicklung sowie die Zusammenarbeit der Institutionen und Akteure. In den Städten gibt es bereits viele ermutigende Beispiele, die als Modellvorhaben jedoch häufig zeitlich begrenzt sind. **Integration muss im Regelsystem stattfinden und nicht in Sondermaßnahmen**, so die einmütige Meinung der Workshopteilnehmer.

Über Sprachförderung und neue Partizipationsmodelle hinaus ist die Herstellung von Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft zu leisten. Wenn sich insbesondere die Mittelschichtbevölkerung, sei sie deutscher oder ausländischer Herkunft, aus den Zuwandererquartieren zurückzieht, gibt es auf Dauer keine positiven Vorbilder für Integration, die eigene Community bleibt ausschließlicher Werte- und Orientierungsmaßstab. **Integrationspolitik muss deshalb im Quartier stattfinden, ganzheitlich und ämterübergreifend organisiert und lokal vernetzt sein.**